

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	29. September 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Südwerk-Bürgerzentrum Südstadt, Henriette-Obermüller-Straße 10, Karlsruhe
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 11 der Tagesordnung: Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung der Stadt Karlsruhe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und Anlagen und zur Abwehr von umweltschädlichem Verhalten (Straßen- und Anlagenpolizeiverordnung, StrAnlPolV)

Vorlage: 2015/0516

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss dem Erlass der Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung der Stadt Karlsruhe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und Anlagen zur Abwehr von umweltschädlichem Verhalten (Straßen- und Anlagenpolizeiverordnung, StrAnlPolV) durch den Oberbürgermeister gemäß der Anlage A zur Vorlage 2015/0516 zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Sie kennen die Hintergründe. Es ist keine grundsätzliche Überarbeitung, sondern es ist die Anpassung an einen hier schon bereits gefassten Beschluss. Jetzt gibt es einzelne Wortmeldungen. – Frau Stadträtin Melchien.

Stadträtin Melchien (SPD): Als der Gemeinderat am 20. Mai vergangenen Jahres seine Zustimmung dazu gegeben hat, den Sperrbezirk zu erweitern und gleichzeitig die Ausübung von Straßenprostitution von 6 bis 22 Uhr untersagt hat, setzte sich dieses Gremium noch aus anderen Personen zusammen. Was wir heute machen, hat auch nicht mehr die teils emotional aufgeladene Brisanz der Debatte von 1 ½ Jahren. Die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer damaligen Vorsitzenden, Doris Baitinger, hat ih-

ren Teil zum damals gefundenen Vorgehen beitragen. Heute bestätigen wir diesen eingeschlagenen Weg.

Wenn wir an die Zeit Anfang des Jahres 2014 zurückdenken und uns die damals geführten Debatten bezüglich des Themas Prostitution ins Bewusstsein rufen, so wird klar, die im Mai getroffene Regelung war zielführend und wirkungsvoll. Die Beschwerden von Teilen der Bevölkerung und Teilen ansässiger Unternehmen waren massiv. Mag es vielleicht auch mit darin liegen, dass aktuell ganz andere Themen unsere Debatte bestimmen, so bleibt trotzdem festzuhalten, dass die Belastung durch die Bürgerschaft durch die von uns getroffene Regelung erheblich gemindert wurde. Deshalb ist es folgerichtig, dass unsere Fraktion der Beschlussvorlage von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, zustimmt.

Erlauben Sie mir trotzdem, dass ich zum Schluss auch an die Argumente erinnere, welche damals gegen die getroffene Regelung eingewendet wurden. Insbesondere bleibt festzuhalten, so bestätigt es auch der heute in den BNN veröffentlichte Artikel, dass sich die Situation der Frauen, die sich in unserer Stadt auf der Straße prostituieren, deutlich verschlechtert hat. Wenn es die Möglichkeit zur Straßenprostitution nur noch nachts innerhalb eines engen Korridors gibt, so sind beispielsweise gewaltbereitere Freier oder insgesamt ein höherer Druck die Folge. Die Position der Prostituierten wird geschwächt. Dies wird uns auch von den Mitarbeitern der Beratungsstelle der Diakonie bestätigt, die nunmehr seit einem Jahr hervorragende Arbeit mit und für die Prostituierten leistet. Deshalb wünsche ich mir, dass wir uns dieses Themas der Prostitution im Sozialausschuss stärker annehmen und uns dort, gerade auch mit den Folgen dieser Regelung für die Frauen, beschäftigen. Gerade weil für unsere Stadtgesellschaft dieser Beschluss richtig ist, darf unser Umgang mit den sich auf der Straße prostituierenden Frauen auf keinen Fall heißen: aus den Augen, aus dem Sinn, auch nach der Regelung.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Wir stimmen diesem Vorschlag der Kollegin Melchien sehr gerne zu, dass wir uns mal ausführlich mit dieser Thematik in einem der nächsten Sozialausschüsse beschäftigen, nachdem die Beratungsstelle bereits seit einem Jahr aktiv ist und schon einiges an Erfahrungen gesammelt hat.

Für heute geht es um die formelle Umsetzung dessen, was wir vor einigen Monaten hier intensiv diskutiert haben, und es ist natürlich folgerichtig, dass wir das jetzt auch in der Polizeiverordnung so umsetzen müssen. Wir stimmen heute zu, möchten aber ebenfalls bitten, dass wir uns dieser Thematik mal separat und in aller Ruhe annehmen und dann darüber diskutieren.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Die bisher praktizierte Änderung der Polizeiverordnung ist dem ersten Anschein nach ein Erfolgsmodell. Die Zahl der Sexarbeiterinnen hat sich reduziert. Wenige bis keine Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern. Dieser Erfolg hat aber auch eine Kehrseite. Die Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeiten bis tief in die Nacht oder spezielle Wünsche wie Sex ohne Kondom, können von den Prostituierten nicht mehr so ohne Weiteres abgelehnt werden. Heute war auch ein großer Artikel in den BNN dazu.

Neben der Änderung der Sperrzeiten hat aber auch die Beratungsstelle für Prostituierte wesentlich zur Beruhigung beigetragen. Ich sehe diesen Erfolg, hatte doch die Grüne-Gemeinderatsfraktion bereits 2012 hier im Rat erfolglos eine solche Beratungsstelle gefordert. Die Diakonie hat unser Konzept 2014 fast identisch übernommen und damit einen Treffer gelandet. Ich möchte hier bei fast allen Fraktionen und den Gruppierungen sowie der Stadtverwaltung bedanken, die sich bei den Gesprächen mit der Diakonie dann auch noch für ein solches Beratungsangebot ausgesprochen und eingesetzt haben.

Zum Ausblick. Wir werden die Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen im Blick behalten und Nachbesserungen fordern, sobald uns diese für notwendig erscheinen. Einer Berichterstattung im Sozialausschuss schließen wir uns natürlich an.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Der Grundsatzbeschluss wurde vor über 1 ½ Jahren schon gefällt. Das wäre eigentlich jetzt nur noch ein formaler Folgebeschluss, also müsste keine Diskussion nötig sein. Natürlich sehen wir es ein, dass es nötig ist, das zu evaluieren, ob das jetzt eine gute Regelung ist, die wir gefunden haben. Von daher schließen wir uns dem an, dass das wir das Thema gerne noch einmal beraten können im Fachausschuss. Wir nehmen es auch sehr positiv auf, dass von den Fraktionen darauf hingewiesen wird, dass alle Menschen das Grundrecht der Berufsfreiheit genießen, und das schließt auch die Prostitution mit ein.

Stadtrat Hock (FDP): Kollegin Melchien hat natürlich genau den Punkt getroffen. Diese Vorlage, die wir heute beschließen, die hier im Gemeinderat schon in ausführlicher Art und Weise diskutiert wurde, hat zur Folge, dass die Prostituierten auf der Straße ganz klar erschwerte Arbeitsbedingungen haben. Kollege Borner hat schon aufgezählt: spät in die Nacht und noch später. Das ist alles klar und richtig. Den Vorschlag, es vertieft zu diskutieren, finde ich absolut richtig. Meine Fraktion wird diesen Vorschlag gerne mit unterstützen.

Wir haben zwar, so wurde es auch gesagt, heute eigentlich nur formal über etwas abzustimmen, aber man darf die Frauen auf der Straße bei diesem Thema nicht ganz aus den Augen verlieren, weil es ist dort alles schwer genug. Wir machen es mit dieser Vorlage wahrscheinlich noch etwas schwerer. Nichtsdestotrotz, Kollegin Melchien hat absolut recht, und wir gehen diesen Weg gerne mit.

Stadtrat Wenzel (FW): Wir haben jetzt etwas in der Hand, was einen langen Reinigungsprozess hinter sich hat. Ich möchte das gar nicht wiederholen und möchte nur auf zwei Aspekte eingehen, die mir da aufgefallen sind. Der eine Aspekt ist, wir haben es gehört, die Arbeitsbedingungen bei Nacht und die Sicherheit. Deshalb wundert es mich, dass bei dieser Vorlage der Bereich Ottostraße, Fiduciastraße, der am Wald liegt, und auch in der Vergangenheit große Diskussion auslöste, nicht im Sperrbezirk liegt zur Sicherheit der Frauen. Das andere ist die Überwachung des Sperrbezirkes, der dem Aufgabengebiet des Kommunalen Ordnungsdienstes obliegt. Wir wissen, der Kommunale Ordnungsdienst ist eigentlich unterbesetzt. Wir haben zurzeit 18 Aktive im KOD, die das überwachen sollen. Sie haben es ja in der Antwort auf unsere Anfrage geschrieben, die passt hier gut. Wie der KOD in Karlsruhe künftig aufgestellt sein wird, ist letztlich

eine Frage, die der Gemeinderat zu entscheiden hat. In diesem Zusammenhang sollte man hier dieses Thema auf jeden Fall auf die Tagesordnung setzen.

Stadtrat Schmitt (pl): Meine Vorgänger, besonders meine Vorgängerinnen, haben insbesondere die Arbeitsbedingungen der Damen beleuchtet, die dort ihrer Arbeit nachgehen. Ich möchte gerne die Arbeitsbedingungen derer beleuchten, die dafür zuständig sind, die Polizeiverordnung umzusetzen. Denn es ist eine Sache, die Polizeiverordnung zu beschließen und eine andere ist es, sie eben umzusetzen. Die Aufgabe in Karlsruhe hat hier der Kommunale Ordnungsdienst. Ich möchte zu dem Thema Straßenprostitution den Sachstandsbericht 2014 zitieren: Der Anstieg der Einsatzzahlen von 2013 auf 2014 ist auch auf das erst im Herbst 2013 neu hinzugekommene Aufgabenfeld der Straßenprostitution zurückzuführen, die gehäuft in Straßen des Stadtviertels Killisfeld in Durlach auftritt. Einsätze zur Straßenprostitution bilden zwei Drittel aller Einsätze in Durlach. Auch das Einsatzgeschehen in der Oststadt ist in hohem Maße von der Straßenprostitution geprägt. Hierauf beziehen sich dort 64 % aller KOD-Einsätze. Zitat Ende. Insgesamt ist beim KOD ein Anstieg dieser Fälle von 263 in 2013 auf 1.126 Fälle in 2014 zu verzeichnen.

Es ist ja nicht nur die Straßenprostitution, die zu einer Mehrbelastung des KOD führt, insgesamt sind die Einsätze des KOD von 2012 bis 2014 um 50 % angestiegen. Die Personalstärke des KOD ist aber heute die gleiche wie 2012. Wer auf solche Zahlen nicht reagiert, muss sich entweder Ignoranz oder Blauäugigkeit vorwerfen lassen. Die Probleme, was die Kriminalität in Karlsruhe angeht, werden ja nicht kleiner, sondern sie werden größer. Vor diesem Hintergrund ist es kaum verständlich, dass man es nicht für erforderlich hält, hier im Gemeinderat über dieses Thema zu diskutieren und Lösungen für diese Probleme zu suchen. In der letzten Sitzung haben wir uns 1 ½ Stunden über den Sachstandsbericht Bauen und Wohnen unterhalten. Der Bericht zum Thema öffentliche Sicherheit kommt in diesem Gremium nicht einmal auf die Tagesordnung. Das mache ich ganz alleine an Ihnen fest, Herr Oberbürgermeister. In Ihrem Schreiben, in dem Sie uns erklärt haben, warum kein KOD-Mitarbeiter an einer Informationsveranstaltung zum Thema Sicherheit teilnehmen darf, haben Sie uns stattdessen empfohlen, diese Themen im Gemeinderat einzubringen. Was soll man von diesem Vorschlag halten, wenn Sie nicht einmal bereit sind, hier im Gemeinderat über die Ursachen hierfür zu diskutieren.

Der zweite Vorschlag in Ihrem Schreiben, dass wir uns quasi aus Prospekten über den KOD informieren könnten, hat uns ziemlich klar gezeigt, dass Sie dem Thema Sicherheit in dieser Stadt offensichtlich nicht mit dem nötigen Ernst begegnen. Insofern bleiben wir dabei. Wir fordern hier im Gemeinderat eine Diskussion zum Thema öffentliche Sicherheit in Karlsruhe.

Der Vorsitzende: Ihre Anschuldigung möchte ich einfach von mir weisen. Wir haben hier im Gemeinderat in einer öffentlichen Hauptausschusssitzung sehr detailliert über die Sicherheitslage in Karlsruhe diskutiert. Das ist wenige Monate her. Das wollen Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen. In dieser Hauptausschusssitzung ist auch über die Arbeit des KOD intensiv berichtet worden. Es hätte jederzeit die Möglichkeit gegeben, dort nachzufragen, sich weitergehende Informationen zu holen und, und, und.

Ich will jetzt hier nicht weiter ausführen, warum wir es für nicht angemessen gehalten haben, jetzt eine Gründungsversammlung der sogenannten Allianz für Sicherheit, die unter dem Deckmäntelchen einer Bürgerinitiative, initiiert von zwei Stadträten, jetzt noch das Podium zusammenzustellen, sondern sehen die Stadträte als kompetent genug an, ihre Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, was sie hier zu Sicherheitsfragen im Gemeinderat tun und was die Verwaltung dazu beiträgt. So gesehen haben wir dann beschlossen, dass die Vertreter des KOD eben bei dieser Allianz für Sicherheit nicht mit neuen Vorschlägen zu Sicherheitsfragen im Grunde angesprochen werden und dann dazu eine Meinung bilden sollen, sondern diese neuen Initiativen zur Sicherheit können sie in die gemeinderätlichen Gremien einbringen. Dann wird die Verwaltung und werden Ihre Kolleginnen und Kollegen auch darüber diskutieren, aber nicht zwischen Mitarbeitern des KOD und Ihnen über eine angeblich von einer Bürgerinitiative initiierte Veranstaltung. Das sage ich an der Stelle auch ganz deutlich.

(Beifall)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen auf das, was auf Seite 2 steht. Herr Stadtrat Wenzel, es wird jetzt heute auch kein neuer Sperrbezirk ausgewiesen. Deswegen ist die Frage nach der Fiduciastraße überflüssig. Wir haben seinerzeit das Verbot der Prostitution im Stadtkreis Karlsruhe, das war eine Rechtsverordnung vom 9. Dezember 2014, warum da die Fiduciastraße nicht drin war, ausgiebig hier diskutiert. Ich meine, es sei damals ein einstimmiger Beschluss gewesen, dem Regierungspräsidium diesen neuen Sperrbezirk vorzuschlagen. Dass was dort in dieser Rechtsverordnung als Sperrbezirk definiert wird, wird jetzt heute übernommen in die Polizeiverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit usw. Von daher ist es jetzt keine Neuerung. Es wäre jetzt von hier aus auch gar nicht möglich, hier plötzlich wiederum an dem Sperrbezirk etwas zu ändern. Es macht auch keinen Sinn, denn die damals von uns gemeinsam beschlossene und lange erarbeitete Lösung zeigt ja ihre Erfolge. Ich nehme die Anregung gerne auf, dass wir mit der Diakonie darüber sprechen, dass im Sozialausschuss über das ein Jahr Betreuung durch die Diakonie ausführlich diskutiert wird. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir eben erst seit einem Jahr dieses Projekt haben. Von daher viele Informationen, die jetzt einfach vertieft reinkommen, nicht unbedingt sofort etwas mit der Veränderung unserer Regelung zu tun haben, sondern wir haben zum Teil einfach keine Informationen gehabt, weil diese Betreuung noch nicht in diesem Maße stattgefunden hat. Ich bitte dann im Sozialausschuss darüber zu diskutieren.

Wir haben seinerzeit diese Diskussion geführt, nicht weil wir die Zahl der Prostituierten unbedingt reduzieren wollten oder deren Arbeitsbedingungen verschlechtern, sondern weil wir zunehmend bemerkt haben, dass es für Mädchen, junge und ältere Frauen langsam unzumutbar wird, überall in der Stadt als mögliche Prostituierte angesprochen zu werden und auch noch viele andere Dinge, die damit verbunden waren. Das haben wir jetzt sehr sauber so in den Griff gekriegt. Da sollten wir uns jetzt überlegen, wie wir die Angebote an die Straßenarbeiterinnen, an die Sexarbeiterinnen vielleicht noch verbessern können. Aber wir sollten jetzt nicht den Eindruck erwecken, als wäre diese Lösung in irgendeiner Weise kritisch.

Nur als Nebenbemerkung. Wer Sexarbeiterinnen in dieser Stadt sucht, ist nicht auf die Straßenprostitution alleine angewiesen, so nach dem Motto, wir verdrängen die Freier

in die Nacht und deswegen sind die gewaltbereit. Auf so eine Diskussion will ich mich überhaupt nicht einlassen. Ich glaube, das sucht die Schuldigen an der falschen Stelle, und wir müssen eher diejenigen schützen, die es hier zu schützen gilt vor den Freiern. Wir sollten nicht an unseren Regelungen zweifeln, die ja sehr erfolgreich sind.

Die Polizeiverordnung steht zur Abstimmung. Ich bitte Sie um das Kartenzeichen. - Ich sehe nur gelbe Karten. – Frau Stadträtin Reiff, eine Enthaltung. Zwei Enthaltungen. Herr Stadtrat Konrad auch noch. Bei 2 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
13. Oktober 2015